

**Mitteilung – zur Kenntnisnahme –**

**Quote bei der HPV-Impfung steigern – Risiken bei Übertragung und Erkrankung senken**

Drucksachen 19/2726 und 19/2813



Der Senat von Berlin  
WGP - I E 33-  
Tel.: 9028 (928) 1766

An das

Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Mitteilung

- zur Kenntnisnahme -

über Quote bei der HPV-Impfung steigern - Risiken bei Übertragung und Erkrankung senken

- Drucksachen Nrn. 19/2726 und 19/2813 -

---

Der Senat legt nachstehende Mitteilung dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 18.12.2025 Folgendes beschlossen:

„Der Senat wird aufgefordert, Maßnahmen zu prüfen und zu ergreifen, die geeignet sind, um die derzeit noch zu niedrigen Quoten bei der HPV-Impfung zu erhöhen. Um geeignete Maßnahmen zu identifizieren, soll das Gespräch mit den Kinderärztinnen und Kinderärzten, den Krankenkassen, dem Impfbeirat sowie den Kinder- und Jugendgesundheitsdiensten gesucht werden. Insbesondere soll dabei eruiert werden, wie ein standardisiertes und verbindliches HPV-Impfberatungs- oder Einladungswesen implementiert werden kann. Dem Abgeordnetenhaus ist spätestens bis zum 30.04.2026 zu berichten.“

Hierzu wird berichtet:

- Nach Angaben des Robert Koch-Instituts (RKI) erkranken in Deutschland jedes Jahr etwa 6.250 Frauen und ca. 1.600 Männer an HPV-bedingten Karzinomen im Bereich der Zervix, Vagina, Vulva bzw. des Penis sowie im Bereich von Anus und Oropharynx (Mund-Rachen-Raum).
- Die Ständige Impfkommission (STIKO) empfiehlt seit 2007 für Mädchen und seit Juni 2018 auch für Jungen die Impfung gegen HPV im Alter von 9-14 Jahren

(2 Impfdosen im Abstand von 5 Monaten). Ist die Impfung nicht bis zum Alter von 14 Jahren erfolgt, empfiehlt die STIKO, diese noch bis zum Alter von 17 Jahren nachzuholen. Die Empfehlung wurde vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) in die Schutzimpfungs-Richtlinie übernommen. Damit haben alle gesetzlich krankenversicherten Kinder und Jugendlichen einen Anspruch auf diese Impfungen (§ 20i SGB V).

- Die Impfquoten für eine vollständige HPV-Impfung bei 15-Jährigen lagen im Jahr 2024 bundesweit bei 55% (Mädchen, M) bzw. 36% (Jungen, J). Berlin liegt mit 59% (M) bzw. 41% (J) nur leicht über dem Bundesdurchschnitt. Der Anstieg der Impfquoten hat sich seit 2021 verlangsamt und derzeit ein Plateau erreicht. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland rund 10 Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt (M: 64%, J: 55%) und weit hinter den Spitzenreitern Island (M: 96%), Norwegen (M: 93%, J:92%) und Portugal (M: 91%, J:88%).
- Nach einer Umfrage der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) im Jahr 2024 kennen 60% der über 16-Jährigen in Deutschland das HP-Virus nicht. Ein Drittel der Befragten wusste nicht, dass Mädchen eine kostenlose HPV-Impfung erhalten können, zwei Drittel wussten nicht, dass dies auch für Jungen gilt. Maßnahmen zur Steigerung der Bekanntheit sind also dringend erforderlich.
- Aktuelle Maßnahmen zur Steigerung der HPV-Impfquoten laufen auf verschiedenen Ebenen.
  - Berlin tauscht sich dazu mit dem Bund und den anderen Ländern im Rahmen der Nationalen Lenkungsgruppe Impfen (NaLI) aus. Diese hat ein HPV-Konzept für Deutschland zur Förderung des Impfwissens und Steigerung der Impfquoten erarbeitet und wird dieses auf der am 28. und 29. April in Köln stattfindenden 9. Nationalen Impfkonzferenz 2026 vorstellen. Für 2028 ist ein Schwerpunktjahr zu HPV geplant.
  - Die im Beschluss genannten (Kinderärztinnen / Kinderärzte, Krankenkassen, KJGD) sowie weitere Akteure (KV Berlin, Hausärztinnen /Hausärzte, der Berufsverband der Frauenärzte) sind im Berliner Impfbeirat vertreten. In diesem Rahmen werden weitere Maßnahmen koordiniert, um Fachkreise und Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren. Dazu gehören Stellungnahmen / Pressemitteilungen zum International HPV Awareness Day jeweils am 4. März eines Jahres sowie zur Europäischen Impfwoche Ende April und die Möglichkeit der gesetzlichen Krankenkassen, ihre Mitglieder auf anstehende Impfungen hinzuweisen (§ 25b SGB V).
  - Die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege (SenWGP) hat mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) zum International HPV Awareness Day am 04.03.2026 in einem gemeinsamen Anschreiben der zuständigen Staatssekretärinnen Henke (SenBJF) und Haußdörfer (SenWGP) an die Berliner Schulleitungen die Übersendung eines Informationsschreibens zum Thema HPV-Impfung an Eltern und Sorgeberechtigte von Kindern und Jugendlichen der vierten bis zehnten Jahrgangsstufen veranlasst. Erste Rückmeldungen aus dem kinder- und

jugendärztlichen Bereich deuten auf eine gute Resonanz hin. Eine Verstärkung ist anzustreben.

- Auf Betreiben der zuständigen Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege wurde das Thema „Impfen/ HPV“ auf die Tagesordnung der 4. Sitzung des Runden Tisches Kindergesundheit genommen. Dazu gab es am 7.11.2025 einen Fachvortrag mit anschließender Diskussion unter den Teilnehmenden des Runden Tisches. Das Thema soll zudem in einen vom Runden Tisch noch zu erstellenden Maßnahmenkatalog einfließen.
- Im Laufe des Jahres 2026 wird die Aufnahme der U10 für Kinder zwischen 9 und 10 Jahren in die Reihe der kinder- und jugendärztlichen Vorsorgeuntersuchungen durch den G-BA erwartet, in deren Rahmen auch die HPV-Impfung und die dahingehende Beratung der Eltern erfolgen kann. Der G-BA hat Ende Februar 2026 dazu das Stellungnahmeverfahren eingeleitet. Bei Aufnahme der U10 in die Vorsorgeuntersuchungen sollte bei Nichtteilnahme des betreffenden Kindes eine Einladung an die Sorgeberechtigten durch die Zentrale Stelle (Charité), das Kind zur Früherkennungsuntersuchung vorzustellen (§ 6 Berliner Kinderschutzgesetz - KiSchuG), erfolgen.

#### Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

- a) Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:  
Durch diese Vorlage keine.
- b) Personalwirtschaftliche Auswirkungen:  
Keine.

Wir bitten, den Beschluss damit als erledigt anzusehen.

Berlin, den 28.04.2026

Der Senat von Berlin

Kai Wegner  
Regierender Bürgermeister

Dr. Ina Czyborra  
Senatorin für Wissenschaft  
Gesundheit und Pflege